

Welche Freiheit haben wir heute, offen über unseren Glauben zu reden? Dazu eine Einordnung des für die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International (Allianz zur Verteidigung der Freiheit) tätigen Ludwig Brühl. || Lesezeit: 8 min

LUDWIG BRÜHL

WIR SIND SO FREI

Mission, Glaubensgespräche und rechtlicher Schutz

Eigentlich müsste eine Gesellschaft immer liberaler werden, je mehr ihre Mitglieder sich unterscheiden und ausdifferenzieren. Innerhalb kurzer Zeit haben sich Einstellungen und Meinungen vieler Europäer in sehr unterschiedliche Richtungen entwickelt. Man kann das begrüßen oder kritisieren. Sicher ist aber, dass gerade bei zunehmender Diversität Meinungsfreiheit und kontroverser Dialog notwendig sind.

Tatsächlich fürchten immer mehr Menschen – darunter viele Christen –, dass ihre Meinungen und Überzeugungen zu handfesten negativen Konsequenzen führen könnten. Ernüchterung, Rückzug und Zynismus machen sich breit, und schnell kommen Erinnerungen an finstere Zeiten hoch. Dabei genießen Meinungs- und Glaubensfreiheit heute starken Schutz durch die deutsche und europäische Rechtsordnung.

Es gibt allerdings ein Problem: Ein unheilvolles Gemisch bedroht diese Rechte. Zum einen autoritäre Beamte oder Politiker, die ihnen unangenehme Meinungsäußerungen unterbinden wollen. Dann ein wirtschaftliches und gesellschaftliches Umfeld, das negative Medienberichte als Grund für Entlassungen, Kontaktabbruch und Gesprächsverweigerung nimmt. Und letztlich Menschen, die ihre Rechte und Pflichten nicht kennen

und darum eingeschüchtert und/oder zynisch werden.

Es stimmt schon: In viele Gesichter weht der Wind rau. Aber einfach in die andere Richtung zu gehen, weil man dann Rückenwind hat, ist keine Option. Die christliche Parlamentarierin Päivi Räsänen (siehe Kasten) weiß das nicht erst, seitdem sie insgesamt 13 Stunden von der Polizei verhört wurde.

Bewusstsein schaffen und realistisch sein

Bleiben wir beim Beispiel von Päivi Räsänen, die wegen ihres Einsatzes für Ehe und Familie in Schwierigkeiten geriet. Sobald christlicher Glaube den Bereich christlicher Folklore verlässt und das tatsächliche Handeln von Menschen prägt, nehmen andere daran Anstoß.

Das ist auch in Ordnung. Wichtige gesellschaftliche Fragen müssen gemeinsam diskutiert werden. Dabei geht es oft kontrovers zu. Zum Glück hält unsere freiheitliche Grundordnung das nicht nur aus – sie ist sogar darauf ausgelegt. Unterschiedliche Weltanschauungen zu haben ist rechtlich geschützt: Glauben haben (oder nicht haben), annehmen oder aufgeben, wechseln oder behalten, aber auch – allein oder mit anderen gemeinsam – praktizieren, üben, leben etc.

Auch die kolumbianische Influencerin Kika Nieto musste sich für ihre Haltungen vor Gericht

verantworten. 2018 veröffentlichte die heute 29-Jährige ein „Frag mich alles“-Video auf ihrem YouTube-Kanal mit inzwischen 7,87 Mio. Abonnenten. Gefragt nach der Bedeutung der Ehe für die junge Frau beschrieb sie die Ehe als dauerhafte Verbindung zwischen einem Mann und einer Frau. Daraufhin wurde sie angezeigt und in erster Instanz verurteilt. Mit Unterstützung durch ADF International ging der Fall bis zum kolumbianischen Verfassungsgericht. Dort entschieden die Richter, dass das Video nicht hätte zensiert werden dürfen.

Auch der Einsatz für das Recht auf Leben eines jeden einzelnen Menschen erregt geradezu reflexartig Anstoß. Neuerdings genügt bereits das stille Gebet vor einschlägigen Einrichtungen, um vehemente Abwehrreaktionen hervorzurufen. Im baden-württembergischen Pforzheim kommt zweimal im Jahr eine Gruppe zusammen, um in der Nähe einer Abtreibungsberatungsstelle für Frauen und ungeborene Kinder zu beten.

Plötzlich bekamen die Beter von der Stadtverwaltung einen Platzverweis. Sie durften nicht mehr an dem Ort ihrer Wahl beten. Die Leiterin der Gebetsversammlung, Pavica Vojnovic, ließ diese elementare Rechtsverletzung gerichtlich überprüfen. Während die erste Instanz den Platzverweis bestätigte, entschied der Verwaltungsgerichtshof Mannheim Ende August 2022 für

Vojnovic und die Versammlungsfreiheit der Gruppe.

Spätestens wenn es um die großen ethischen Fragen geht, aber auch um Kindererziehung und Bildung, kann Widerspruch kommen. Sollte man also den Mund halten? Ganz im Gegenteil: Umso wichtiger ist es, sachlich, aber mit Nachdruck für seine Überzeugungen einzustehen.

Rechtsslage kennen

Die „Diskussion“ über gesellschaftliche Polarisierung und mangelnde Debattenbereitschaft läuft oft scheinheilig ab – und zwar von beiden Seiten. Die eine Seite versucht, ihre Meinung für absolut zu erklären und abweichende Äußerungen als „Hassrede“ abzukanzeln. Und die andere Seite macht den Mund nicht mehr auf, „weil es ja eh nichts bringt“ und das „gesellschaftliche Klima gerade nicht passend ist“. Das sind nicht gerade die besten Voraussetzungen für eine robuste Debatte.

Dabei könnte schon ein Blick ins Grundgesetz für Klarheit sorgen. Doch so oft scheint das nicht vorzukommen. 2019 fragten die Demoskopen von infratest dimap in einer Umfrage: „Was kommt Ihnen in

den Sinn, wenn Sie an das Grundgesetz denken?“ 18 % assoziierten Meinungs- und Pressefreiheit und nur 4 % nannten die Religionsfreiheit. Und dass, obwohl Mehrfachnennungen möglich waren.

Einen guten Leitfaden und einführende Informationen zu den eigenen Grundrechten bietet die Broschüre „Rede Frei!“. Die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International hat das Handbuch gemeinsam mit der Evangelischen Allianz und dem Netzwerk Christ und Jurist veröffentlicht. Ausgehend vom rechtlichen Schutz der Meinungs- und Religionsfreiheit werden konkrete Situationen thematisiert – im privaten sowie beruflichen Umfeld, auf der Straße oder online. Kurz und bündig erklärt „Rede frei!“ die Rechtsslage und beantwortet Fragen wie: „Was kann ich am Arbeitsplatz sagen, und wie sollte ich es tun?“ oder „Was kann ich in der Kirche sagen?“

Mutig bekennen, frei reden, zuversichtlich handeln

Wer seine Muskeln stärken will, muss sie benutzen. Das Gleiche gilt

auch für die Grundfreiheiten in unserer Rechtsordnung. Religions- und Meinungsfreiheit sind keine abstrakten Dinge aus dem Sozialkundeunterricht, und sie sind auch nicht für alle Zeiten in Stein gemeißelt. Stattdessen müssen sie in Anspruch genommen, verteidigt und gestärkt werden.

Die Juristen von ADF International stehen gemeinsam mit ihren Partneranwälten mit Rat und Tat zur Seite, wenn Grundrechte angegriffen werden. Wenn die Beteiligten im Einzelfall keine Lösung erzielen können, müssen Gerichte entscheiden. So stellen wir sicher, dass Grundrechte juristisch geschützt werden. So einfach ist es: Grundrechte nutzen und im Angriffsfall verteidigen.



Die Broschüre kann kostenfrei bestellt werden unter Kontakt@adfinternational.de

Päivi Räsänen

Dr. Päivi Räsänen (*1959) ist eine finnische Politikerin, ehemalige Innenministerin und Vorsitzende der christdemokratischen Partei. Die Ärztin und mehrfache Großmutter ist weiterhin Mitglied des finnischen Parlaments. Die lutherische Christin kritisierte 2019 das offizielle Sponsoring der LGBT-Veranstaltung Pride Parade durch die finnisch-lutherische Kirche: Auf Twitter zitierte sie den Brief des Apostels Paulus an die Römer und stellte die Frage, wie das Verhalten der Kirche mit dem biblischen Text zusammenpasse. Daraufhin begann die Polizei Ermittlungen und verhörte sie insgesamt mehr als 13 Stunden. Danach klagte die finnische Generalstaatsanwältin sie in einem aufsehenerregenden Prozess an und forderte eine hohe Geldstrafe sowie die Zensur dieser und weiterer, lange zuvor getätigter Aussagen zu christlichen Grundüberzeugungen. Unabhängige Beobachter beschrieben den Prozess als eine moderne Inquisition. Die christliche Menschenrechtsorganisation ADF International unterstützte die Verteidigung Räsänens. Im Frühjahr 2022 sprachen die Richter Räsänen einstimmig frei. Allerdings ging die Staatsanwaltschaft dagegen in Berufung. Der Prozess gegen das Bibelzitat und die christliche Politikerin geht damit weiter.



Ludwig Brühl arbeitet als Journalist für die weltweit tätige Menschenrechtsorganisation ADF International. Diese setzt sich für

die Freiheit und unveräußerliche Würde aller Menschen ein. ADF International unterhält Präsenzen an den wichtigsten internationalen Institutionen wie den Vereinten Nationen und dem Europäischen Parlament und ist weltweit an nationalen Gerichten aktiv.